



Presseinformation - 279/04/2019

04.04.2019
Seite 1 von 2

Minister Laumann: Auf Augenhöhe mit den Menschen mit Behinderungen

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

**Sozialminister bei der 10. Sitzung des Inklusionsbeirates
Nordrhein-Westfalen**

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Der Inklusionsbeirat Nordrhein-Westfalen ist für Sozialminister Karl-Josef Laumann ein wichtiges Mittel zur aktiven Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in der Landespolitik. Bei der zehnten Sitzung des Gremiums sagte Laumann in Dortmund: „Wir reden mit den Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden auf Augenhöhe. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat unser Land erst kürzlich in vielen Bereichen als Vorreiter auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft bezeichnet. Dabei wurde insbesondere der Inklusionsbeirat als Beratungsgremium für die Landesregierung gewürdigt.“

Erst Ende letzten Jahres habe der Inklusionsbeirat wichtige Impulse gegeben, damit Menschen mit Behinderungen bessere Chancen am Arbeitsmarkt bekommen, so Laumann. Eine Rahmenvereinbarung mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und den kommunalen Spitzenverbänden sehe seitdem unter anderem vor, dass Inklusion innerhalb der Jobcenter als Führungsaufgabe gilt, die Barrierefreiheit verbessert wird, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser für die Beratung von Menschen mit Behinderungen geschult werden und dass Arbeitgeber für neue Formen des Berufseinstiegs für Menschen mit Behinderungen gewonnen werden. Minister Laumann: „Nordrhein-Westfalen ist damit das erste Bundesland, das systematisch die Jobcenter zu Akteuren der Inklusionspolitik gemacht hat.“

Ein weiteres Thema, bei dem der Inklusionsbeirat in letzter Zeit maßgeblich mitgewirkt hat, ist das 2018 verabschiedete Landesausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz. Minister Laumann: „Das Bundesteilhabegesetz stellt erstmals den Menschen mit Behinderung und seine

Teilhabe in den Mittelpunkt. Jetzt geht es darum, es gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen mit Leben zu füllen.“

Hintergrund:

Aufgabe des im Jahr 2012 gegründeten Inklusionsbeirats ist es, die Landesregierung bei der Umsetzung des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ sowie bei den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zu beraten und die politische Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen bei der Ausarbeitung von Gesetzen und politischen Vorhaben zu gewährleisten.

Der Inklusionsbeirat setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, den Verbänden und Organisationen auf Landesebene, welche die Interessen der Menschen mit Behinderungen vertreten, den Verbänden und Organisationen auf Landesebene sowie auf kommunaler Ebene, die im Bereich der Leistungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen tätig sind, der oder dem Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen sowie ständig beratenden Expertinnen und Experten.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Telefon 0211 855-3118.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)